

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
1. Wie werden Sie für sichere Rad- und Fußwege zwischen Innenstadt und Stadtteilen sorgen?	Großzügig Epoxidharz über Pflastersteine kippen.	Grundlagen hierfür liefert der NUMP. Ich setze mich auch weiter konsequent im Rat für seine Umsetzung ein. Genauso wichtig: barrierearme Fuß- & Radwege in der Innenstadt.	Das vorhandene Netz von Fuß- und Radwegen muss noch dringend weiter ausgebaut, saniert und mehr Sicherheitsmaßnahmen, z.B. farbige Markierungen, eingebaut werden.	Sichere Wege entstehen durch weniger Geschwindigkeitsunterschiede: mehr Tempo 30, Shared Space/ Fußgängerzonen und mehr Raum für Radverkehr. Wo Enge und Tempo zu Konflikten führen – wie in der Rosenstraße – müssen Rad- und Fußverkehr entkoppelt werden. Durch Einbahnstraßensysteme und weniger MIV-Durchgangsverkehr will ich Platz für Radachsen, Gehwege, Querungen und Barrierefreiheit gewinnen.	Keine Rückmeldung erhalten	Sichere Wege sind Voraussetzung für Selbstständigkeit im Alter. Ich werde Barrieren abbauen, Gehwege sanieren, Querungen sicherer machen und die Beleuchtung verbessern. Fuß- und Radverkehr müssen bei der Verkehrsplanung gleichberechtigt berücksichtigt werden.	Wir werden sie nach und nach sicherer ausbauen und Lücken schließen. Das hat für uns Priorität.	Durch den Ausbau der Radrouten und von Professor Pez vorgeschlagenen "Radschönrouten" . Einen Fahrradring braucht es nicht.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
2. Was werden Sie konkret in den nächsten 5 Jahren tun, um den hohen Bedarf an familien- und seniorInnen-gerechten, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen?	Ich werde die Bauarbeiten in Wienebütteler Weg nicht stoppen. Aber das wird wohl eh nicht bezahlbar.	Weiterhin städtebauliche Verträge mit 30% geförderten Wohnraum. Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung. Bis 100% nach neuer Landeswohnraumförderung. Verdopplung der städtischen Wohnraumförderung. Wohn-Pflege-Gemeinschaften & altersgerechten Wohnraum in Wienebüttel. Stärkung Wohnraumbüro. Teilung von EFHs mit dem Bauturbo. Konsequente Durchsetzung von Wohnraumschutzgesetz und Zweckentfremdungssatzung.	Der Wohnungsbau ist in LG sehr ins Stocken geraten. Gespräche mit den Wohnungsbaugesellschaften und Bauunternehmern, ein so genannter „Runder Tisch“ werde ich zügig beginnen. Und damit den hohen Bedarf an Wohnungen abzubauen.	Beim Wohnen setze ich auf Wohnraummobilität: Viele Ältere leben in zu großen, teuren, treppenreichen oder schlecht angebundenen Häusern. Sie brauchen Alternativen: barrierefreie, ebenerdige Wohnungen mit 40–80 m². Über städtische Flächen, LüWoBau und Partner sollten Koppelmodelle entstehen: Wer ein Haus vermietet oder verkauft, erhält verlässlich eine passende Wohnung, etwa im Nießbrauch. So entsteht Wohnraum für Familien und Lebensqualität.	Keine Rückmeldung erhalten	Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Ich werde den kommunalen Wohnungsbau stärken, Genossenschaften fördern, Leerstand bekämpfen und mehr barrierefreie sowie bezahlbare Wohnungen schaffen. Wer sein Leben in Lüneburg verbracht hat, soll auch im Alter hier wohnen können.	Die Lüwo-Bau soll bis 2030 mindestens 500 bezahlbare und seniorengerechte Wohnungen bauen. Alle Investoren müssen die 30%-Quote für bezahlbaren Wohnraum einhalten.	Durch eine Quote von mindestens 30 % bei Neubaugebieten, eine kommunale Förderung bei Modernisierung und Ausbau von Bestandsgebäuden.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
3. Werden Sie einen kostenlosen Busringverkehr im Innenstadtbereich einrichten? Werden Sie unserem Vorschlag folgen, und das ermäßigte D-Ticket für die z.Z. rd. 1.200 Grund-sicherungsem-pfängerInnen 60+ (30 €/Monat) ermöglichen?	Wir sorgen dafür, dass Schwarzfahren bezahlbar bleibt.	Das sind sinnvolle Vorschläge, nur müssen diese auch finanziert sein. Eine konstruktive Diskussion begleite ich gern. Ein solches Versprechen wäre jedoch unlauter, denn das entscheidet der Rat.	Nach meiner Wahl werde ich sofort eine Kostenanalyse erstellen lassen. Wenn die Haushaltslage es möglich macht, werde ich diesem Personenkreis Vergünstigungen zukommen lassen.	Ich setze mich für smarten Busverkehr ein: nicht nur klassische Linien, sondern algorithmenbasierter, on demand, 24/7 – „Lüne-Flow: die Stadt in 45 Minuten“. Ein vergünstigtes D-Ticket begrüße ich; für SeniorInnen über 67 ohne Führerschein will ich den Nahverkehr kostenlos machen.	Keine Rückmeldung erhalten	Ja. Mobilität darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Ich unterstütze einen kostenlosen Innenstadtringbus und ein vergünstigtes Deutschlandticket für Menschen mit Grundsicherung.	Wir wollen die verbilligten Tickets einführen und den Busverkehr weiter verbessern. Unser Ziel ist es dabei zunächst, möglichst alle Linien direkt in die Innenstadt zu führen. Gerade für Ältere ist ein Umstieg oft eine zusätzliche Belastung.	Den Busringverkehr halte ich für sinnvoll und setze mich beim Landkreis dafür ein. Er wird allerdings nicht kostenlos für alle sein. Wenn alle dieses Ticket erhalten, beträgt die freiwillige Ausgabe für die Hansestadt 432.000 € pro Jahr. Gerne möchte ich das ermöglichen, sehe aber auch Landkreis und Land in der Pflicht.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
4. Wie sieht Ihr Konzept inhaltlich für die Ausweitung und personelle Verstärkung der Stadtteilhäuser aus?	Was ist ein Stadtteilhaus?	Zusammenarbeit von Seniorenbeirat, SPN* & freien Trägern stärken mit Basis in den Stadtteilhäusern. Diese sind auszubauen, um z.B. auch Gesundheitsberatungen anzubieten. Sozialraumanalyse Kaltenmoor als Blaupause für alle Stadtteile.	Um ein Konzept zu erstellen, wird es etwas Zeit benötigen. Da die Stadtteilhäuser in unterschiedlichen Stadtteilen angesiedelt sind, müssen somit auch verschiedene Interessen der Bewohner abdeckt werden. Trotzdem muss das Konzept relativ gleich sein, und bei Bedarf werden die Häuser dann personell aufgestockt.	Stadtteilhäuser als „Third Spaces“ will ich erhalten, auslasten und in unterversorgten Quartieren neu planen. Zusätzliche Stellen müssten finanzierbar sein.	Keine Rückmeldung erhalten	Stadtteilhäuser sind wichtige Orte der Begegnung. Ich möchte ihre Finanzierung sichern, sie personell stärken und besser mit Vereinen und sozialen Einrichtungen vernetzen.	Die Stadtteilhäuser wollen wir zu lebendigen Treffpunkten für alle Generationen weiterentwickeln. Wo es sie noch nicht gibt, wollen wir sie errichten. Es kann z.B. nicht sein, dass Kaltenmoor hier leer ausgeht. Stadtteilhäuser sollen Orte der Begegnung, Beratung und des Ehrenamtes sein.	Mehr Angebote können auch von Kooperationspartnern kommen, die dann mit eigenem Personal anbieten. Ein städtischer Zuschuss ist möglich.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
5. Wie wollen Sie diskriminierungsfrei den Zugang und die Digitale Teilhabe Äterer sicherstellen und gestalten?	Enkeltrick reverse. Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.	Qualifizierung vor allem mit VHS & privaten Anbietern oder z.B. jugendlichem Ehrenamt in den Stadtteilhäusern. Die Bedürfnisse Äterer erhalten mit Digitalisierungsstrategie, einfacher Sprache und KI besonderes Augenmerk.	Um diskriminierungsfreie Zugänge zu ermöglichen, werde ich dafür sorgen, dass Fußgängerwege frei geräumt werden. Wie z.B. die Außenbestuhlung zurückgefahren wird, Pflastersteine abgeschliffen werden usw. Das Angebot für die digitale Teilhabe wird durch Angebote der Stadtteilhäuser noch weiter ausgebaut.	Öffentliche Dienste sollen digital in einer App verfügbar sein. Zugleich gilt: Recht auf analog. Verwaltung muss ortsnah, etwa in Stadtteilzentren, helfen und Vorgänge auf Wunsch direkt unterstützen.	Keine Rückmeldung erhalten	Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Deshalb braucht es verständliche Angebote, Unterstützung im Umgang mit digitalen Medien und weiterhin analoge Zugänge zu Verwaltungsleistungen.	Digitalisierung darf niemanden ausschließen. Deshalb setzen wir auf leicht verständliche digitale Angebote, Schulungen und persönliche Ansprechpartner, z.B. in den Stadtteilhäusern und der VHS. Für uns gilt: Digitalisierung ergänzt den persönlichen Kontakt - sie ersetzt ihn nicht.	Die Frage ist sehr allgemein gehalten und damit kaum zu beantworten. Die diskriminierungsfreie digitale Teilhabe ist nicht an das Alter gebunden. Eins ist für mich sicher: alle städtischen Informationen uva. ausschließlich digital anzubieten, schließt viele Menschen in unserer Stadt aus und darf nicht geschehen. Analoge Angebote müssen vorhanden sein.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
6. Ehrenamt braucht eine konstante fachliche Koordination, z.B. im Bereich der Seniorenarbeit . Wie wollen Sie diesen Bereich personell weiter ausstatten?	Lohn der Ehrenämter um 120% erhöhen und unbefristete Arbeitsverträge.	Ehrenamt verdient hohen Respekt. Mein Vorschlag: Personal für Engagierte Stadt, Ehrenamtskoordination und Seniorenarbeit in Verwaltung ausbauen. Vernetzung mit freien Trägern ausweiten.	Ohne unsere vielen Ehrenamtliche würde unsere Gesellschaft noch weiter „verarmen“. Darum ist die fachliche-, unterstützende und ständige Begleitung unerlässlich. Und wo nötig, werde ich für eine bessere personelle und materielle Aufstockung/Ausstattung Sorge tragen.	Ehrenamt braucht Koordination, aber nicht jede Aufgabe Hauptamt. Wo möglich, bevorzuge ich Automatismen für Raumbuchung, Vermittlung und Informationen, damit Personal dort bleibt, wo Menschen es brauchen.	Keine Rückmeldung erhalten	Ehrenamt braucht professionelle Unterstützung. Ich setze mich für eine dauerhaft gesicherte hauptamtliche Koordination der Seniorenarbeit ein.	Ja, Ehrenamt braucht verlässliche hauptamtliche Unterstützung. Die vorhandenen Angebote sollen erweitert und in den Stadtteilen ausgebaut werden. Zudem möchten wir einen personell unterstützten Zusammenschluss der Seniorenräte im Kreis.	Für die Koordination der Ehrenamtsarbeit soll die eingerichtete Koordinierungsstelle Ehrenamt der Hansestadt mitwirken. Der SPN muss fachlich mit einbezogen werden.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
7. Wie stellen Sie sicher, dass das Wissen zu Pflege und Versorgung allen in Lüneburg 60+ (z.B. SPN*) zugänglich ist?	Wer sich lange genug nicht um seine Pflege gekümmert hat, braucht irgendwann auch nicht mehr damit anzufangen.	Zentrale Anlaufstelle bleibt der SPN: Beratung am Markt, dezentral, bei Hausbesuchen, digital wie gedruckt – niemand bleibt wegen Alter oder fehlender Digitalkenntnisse außen vor. Den SPN* will ich bekannter machen und für Ältere mit Migrationsgeschichte besser erreichbar.	Das Wissen oder Informationen über Pflege dürfen nicht nur über das Smartphone erfolgen. Flyer müssen auch in den Stadtteilhäuser, Arztpraxen, Apotheken und z.B. Lebensmittelmärkten ausgelegt werden. Feste Ansprechtermine in den Stadtteilhäusern können auch viel dazu beitragen.	Zur Pflege: Kurzzeitpflegeplätze bei der Gesundheitsholding sollten geprüft werden. Mobile Pflegestützpunkte sollen Angehörige beraten. Grundverantwortung für Pflegeinfrastruktur liegt bei Land und Bund.	Keine Rückmeldung erhalten	Pflegeberatung muss wohnortnah, verständlich und gut vernetzt sein. Informationen müssen aktiv in die Stadtteile gebracht werden.	Der SPN* leistet eine sehr gute Arbeit. Wir wollen diese Arbeit durch einen kommunalen Sozialdienst ergänzen. Er soll Ältere auf Wunsch zu Hause besuchen, frühzeitig beraten und Unterstützung rechtzeitig organisieren. Es soll wohnortnah, verständlich und unbürokratisch sein.	Ich setze mich dafür ein, die bestehenden Angebote des Senioren- und Pflegestützpunktes auszubauen und um Termine vor Ort in den Stadtteilhäusern (und ggf. zuhause) zu erweitern. Zusätzlich können regelmäßig Vorträge in Pflegeeinrichtungen oder Stadtteilhäusern auch in Kooperation mit Verbänden stattfinden. Eine zentrale Veröffentlichung auf der Homepage der Hansestadt ist selbstverständlich. Zudem muss es gedruckte Informationsblätter geben.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
8. Welches kommunale Konzept haben Sie, um der steigenden Anzahl von Pflegebedürftigen zu begegnen? Welches kommunale Konzept haben Sie, um den großen Bedarf an Verhinderungs- und Kurzzeitpflegeplätzen zu decken?	Wirtschaftlichkeit der Pflege erhöhen oder komplett die Wirtschaft draushalten.	Standortstärkung zur Fachkräftegewinnung & -bindung (auch aus dem Ausland), z.B. mit Spezialisierung Azubi-Wheel-Dating. Ambulante Angebote & Pflegewohngemeinschaften ausbauen. Individuelle Lösungen für betroffene Beschäftigte als Arbeitgeberin. In Zusammenarbeit mit Landkreis die ReKAP* ausweiten. Einsatz im Städtetag gegen geplante Pflegereform.	Um dem Gesamtbereich Pflege gerecht zu werden, gibt es meiner Meinung nach folgenden Weg: Aufstockung der vorhandenen Pflegeeinrichtungen. Und unbedingt einen Neubau eines zweiten städtischen Seniorenheimes.	Siehe Antwort Frage 7	Keine Rückmeldung erhalten	Wir müssen ambulante Hilfen, Nachbarschaftsnetzwerke und Quartiersarbeit stärken sowie gemeinsam mit den Trägern mehr Kurzzeit- und Verhinderungspflegeplätze schaffen. Ziel ist ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben.	Ältere sollen möglichst lange selbstbestimmt, sicher und gut versorgt in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Angehörige benötigen Entlastung bevor sie selbst krank werden. Darum brauchen wir mehr Kurzzeit-, Verhinderungs- und Tagespflege, Pflegewohngemeinschaften und Mehrgenerationen-Modelle. Es braucht auch ein weiteres kommunales Altenheim und aktuell Konzepte für den Hitzeschutz. Pflegerische Daseinsvorsorge muss stärker als öffentliche Aufgabe verstanden werden.	Erst Ausbau der Ausbildungsangebote z. B. der Gesundheitsholding. Ohne Pflegefachkräfte werden keine zusätzlichen Pflegeplätze und Pflegeeinrichtungen entstehen können. Dann Verhandlungen mit Pflegeeinrichtungen (ambulant und stationär) um mit zusätzlichem Personal zu erweitern. Bauanträge in diesem Bereich sollen bevorzugt bearbeitet werden. Die Arbeit von ambulanten Pflegediensten darf durch Park- und Durchfahrtsbeschränkungen nicht erschwert werden.

Antworten der OB-Kandidatinnen zu den Wahlprüfsteinen des Seniorenbeirats

Fragen / Wahlprüfsteine	Mats Dedow (die PARTEI)	Claudia Kalisch (Grüne)	Heiko Meyer (parteilos)	Michel Pauly (Volt)	Patrick Pietruck (CDU)	Thorben Peters (Die Linke)	Andrea Schröder-Ehlers (SPD)	Frank Soldan (FDP)
Welches der Themen wäre für Sie „Cheflnnensache“?	Das Epoxidharz könnte ich vielleicht noch selber erledigen.	Meine Cheflnnensache: Bezahlbarer, altersgerechter Wohnraum. Er entscheidet, ob Menschen lange selbstbestimmt zu Hause leben. Dafür stehe ich ein.	Chefsache sind für mich Wohnungsbau und der Bereich Pflege.	Chefsache ist für mich Wohnraummobilität für ältere Menschen.	Keine Rückmeldung erhalten	Bezahlbares und barrierefreies Wohnen wäre für mich Chefsache. Eine passende Wohnung ist die Grundlage für Selbstständigkeit, Teilhabe und Lebensqualität im Alter. Deshalb hat dieses Thema für mich oberste Priorität.	Unser Ziel ist es Lüneburg zu einer der familienfreundlichsten und damit auch zu einer der seniorenfreundlichsten Städte zu machen. Das ist für uns Cheflnnensache.	Nicht eines allein: Ausbau der Pflegeeinrichtungen, barrierefreies Lüneburg, Angebote gegen Vereinsamung, mehr seniorengerechte Wohnungen, ...

* SPN - SeniorenStürzpunkt Niedersachsen
in Lüneburg, Am Markt 2

*ReKap – Regionale Konferenz Alter und Pflege im Landkreis Lüneburg